

klartext

Seite 4:

Interview mit dem
Ausländerbeauftragten
Günter Piening

Seite 6:

Ein Landeshaushalt
der Verantwortungs-
losigkeit

Seite 12:

Kulturlandschaft
Sachsen-Anhalts
in Not

ES BLIEB NUR DAS KREUZ ALS EINZIGE SPUR
VON DEINEM LEBEN, DOCH HÖR MEINEN SCHWUR
FÜR DEN FRIEDEN ZU KÄMPFEN
UND WACHSAM ZU SEIN
FÄLLT DIE MENSCHHEIT NOCH EINMAL
AUF LÜGEN HEREIN
DANN KANN ES GESCHEHN,
DASS BALD NIEMAND MEHR LEBT,
NIEMAND, DER DIE MILLIARDEN
VON TOTEN BEGRÄBT.

DOCH LÄNGST FINDEN SICH
MEHR UND MEHR MENSCHEN BEREIT,
DIESEN KRIEG ZU VERHINDERN,
ES IST AN DER ZEIT.

(TEXT VON HANNES WADER)

FRIEDEN!



Profite steigen – Arbeitslosenzahlen auch

von Dr. Rosemarie Hein

„Wir werden das Kind schon schaukeln“ tönte die CDU vor einem Jahr. Inzwischen kommen sich viele Menschen in diesem Land verschaukelt vor. Immerhin, die neue Regierung in Sachsen-Anhalt hat ordentlich Tempo vorgelegt: Gebietsreform stoppen, Vergabegesetz



Dr. Rosemarie Hein, Landesvorsitzende der PDS

aufheben, Schulgesetze zurückdrehen, bei der Kinderbetreuung kürzen, Schulsozialarbeit beerdigen, die kommunale Finanzausstattung weiter verschlechtern, Blindengeld kürzen, „Miteinander e.V.“ durch Mittelentzug zurückstutzen... Doch damit nicht genug. Im zweiten „Investitionserleichterungsgesetz“ soll „allerhand drin“ sein, wie der Ministerpräsident kürzlich betonte. Als Stichworte seien genannt: Kommunalabgabengesetz, Bildungsfreistellungsgesetz, Belegungsbindungsgesetz, Denkmalschutzgesetz. Die Landesregierung bleibt ihrer Linie treu: Aufhebung von Rechtsansprüchen und Schutzräumen. Die Rechnung für die so genannten Investitionserleichterungen werden mit Einschränkungen im sozialen Raum bezahlt. Ich bin mir sicher, dass Unternehmen diese Angebote mit Kusshand annehmen werden. Herr Fänger, Präsident der Arbeitgebervereinigung in Sachsen-Anhalt, hat noch eins draufgesetzt: Er erwarte das Engagement der Landesregierung bei der Lockerung des Kündigungsschutzes und der Aufhebung des Flächentarifvertrages. Die Botschaft ist klar. Wirtschaftliches Engagement in Sachsen-Anhalt soll künftig noch stärker zulasten der

Sozialstandards gehen. Zulasten der sozial Schwachen in erster Linie, aber bei weitem nicht allein.

Das Fatale an dieser Politik ist, dass sie sich über weite Strecken mit dem deckt, was an Ideen aus der Bundesregierung kommt: Einschränkungen auf dem zweiten Arbeitsmarkt, Umverlagerung zahlreicher Lebensrisiken auf die VersicherungsnehmerInnen, Aufkündigen des Solidarpaktes in der Gesellschaft, hilflose Versuche, über so genannte Steuererleichterungen Investitionen anzukurbeln.

Die Wirkungen potenzieren sich bei den Betroffenen. Dessen ungeachtet steigen die Profite der großen Unternehmen, der Pharmaindustrie, der Versicherungen und der Banken ebenso wie die Preise, nicht nur an der Zapfsäule, und die Arbeitslosenzahlen steigen gleichfalls unerbittlich. Die Arbeitsmarkteffekte bleiben aus. Konservative und Liberale erweisen sich als ebenso unfähig, den sozialen Gau aufzuhalten, wie Sozialdemokraten und Grüne.

„Anpassungsoptionen an den neoliberalen Kurs sind noch lange keine Lösung.“

Wer leistet Gegenwehr und womit? Wo ist der alternative Vorschlag? Schon kommen aus den Reihen der Gewerkschaften Angebote, sich auf den Kurs sozialer Deregulierungen einzulassen. Aber Anpassungsoptionen an den neoliberalen Kurs sind ebenso wenig eine Lösung wie die von Linken häufig praktizierte Beschränkung auf Besitzstandswahrung. Beides ist nur Ausdruck von Alternativlosigkeit. Der Ruf „Kein Zurück bei...“ ist noch lange nicht der neue Vorschlag. Dazu wäre es erforderlich, Veränderungen in der Produktionsweise zum Ausgangspunkt für die Suche nach neuen Formen sozialer Gerechtigkeit zu nehmen.

Wird die PDS zu dieser neuen Qualität linker Politik fähig sein? Die Antwort werden wir nur selbst geben können. Als nächstes mit der Programmdebatte.

KOLUMNE

Profite steigen –
Arbeitslosenzahlen auch Seite 2

SEITE 3

Für Frieden und ein besseres Sachsen-
Anhalt – die PDS ist bereit Seite 3

INTERVIEW

Interview mit Günter Piening,
Ausländerbeauftragter Seite 4

THEMEN

Haushalt geht zulasten von Kindern
und Kommunen Seite 6

Sozialer Status entscheidet
über Zukunft Seite 7

Sparen bei den Jüngsten –
keine Investition in die Zukunft! Seite 7

Knöfler und Maffay:
Hilfe für Tabaluga-Kinder Seite 7

Entschuldigung, kennen Sie GATS? . Seite 8

Trommeln für den Frieden –
die PDS macht Krach Seite 8

JUGEND

Über CDU-Politiker, die ihre Sturheit
auf der Stirn tragen Seite 9

Landesregierung erpresst Unis Seite 9

REGIONALES

Derzeit nicht erwünscht –
trotzdem aktuell Seite 10

L.U.S.T. auf Luft in Merseburg Seite 10

Folgeabschätzung
spricht für Straßenbahn Seite 11

Die Rübelandbahn –
einmalig und doch Auslaufmodell .. Seite 11

KULTUR

Die „Dokumenta das Ostens“
steht vor dem Aus Seite 12

Zeitgenössische Kunst braucht
auch weiterhin Förderung Seite 12

DOKUMENTIERT

„Gemeinsam für einen
neuen Aufbruch“ Seite 13

SPORT

CDU und FDP kürzen
beim Behindertensport Seite 15

ZUR WAHL

Landratswahl in
Aschersleben-Staßfurt Seite 16

Editorial Seite 15

Impressum Seite 15

Termine Seite 16

Kontakt

PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Redaktion klartext
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Tel.: 03 91/7 32 48 40

Fax: 03 91/7 32 48 48

landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

www.pds-sachsen-anhalt.de

Für Frieden und ein besseres Sachsen-Anhalt – die PDS ist bereit

von Matthias Höhn



Einen Parteitag mit solch großer Diskussionsfreude hatte die PDS Sachsen-Anhalt lange nicht erlebt. Das letzte Mal wohl 1999 noch zu Zeiten der Tolerierung, als man um die Zustimmung zum Kinderbetreuungsgesetz stritt und die Mehrheiten im Magdeburger Landtag auf der K(r)ippe standen. „Wir haben endlich wieder mit offenem Visier gestritten und entschieden“, meinte dann auch am späten Abend ein sichtlich zufriedener Genosse. Wie wahr! Ehrliche Auseinandersetzung, so sie zu einem Ergebnis führt, ist allemal besser als sprachlose Zustimmung. Und am Ende gab es ein Ergebnis: Bei nur zwei Gegenstimmen fand der vorgelegte Leitantrag eine überwältigende Mehrheit. Ganz sicher ein Signal, nicht nur an den Landesverband, sondern auch an die Bundespartei. Ein Signal war zuallererst aber das Zustandekommen des Leitantrages. Nicht der Landesvorstand machte wie üblich einen Vorschlag, nein, er bat eine Autorengruppe, dies zu tun.

Gemeinsam für einen neuen Aufbruch

Die Befürchtung, die PDS in Sachsen-Anhalt würde sich in sich selbst zurückziehen, konnte am späten Abend endgültig zerschlagen werden. Trotz heftiger Debatten bestand unter den Delegierten Einigkeit: Wir wollen nach außen ein Zeichen setzen! Wir brauchen eine Botschaft an die Menschen im Land: Die PDS ist da! Sie greift die

Probleme auf, sie will sich auch weiterhin mit eigenen Vorschlägen und Konzepten in die Auseinandersetzung mit der konservativen Landesregierung einbringen. Und das sehr selbstbewusst. Oppositionsführerin ist die PDS im Lande. Doch sie weiß, mehr noch als bisher muss sie diese Rolle mit Leben füllen, ohne dabei in billigen Populismus zu verfallen. „Wichtig war und ist dabei für uns: Oppositionsarbeit erschöpft sich nicht in der Anklage bestehender Missstände oder verfehlter Politik. Wir wollen gestalten! Wir wollen auch in der Opposition umsetzbare Gegenkonzepte vorlegen. In der Opposition Regierungsfähigkeit zu beweisen ist Voraussetzung, die Menschen in Sachsen-Anhalt davon zu überzeugen, 2006 wieder andere Mehrheiten zu wählen.“, heißt es im beschlossenen Leitantrag. Eine klare Ansage mit Blick auf die nächsten Landtagswahlen. Die CDU/FDP-Regierung soll abgelöst werden. Mehr als interessant jedoch, dass dieser Satz in der gesamten Diskussion des Parteitages keine Rolle spielte. Bedenkt man, dass viele innerhalb der PDS bis heute die Beteiligung an Landesregierungen für die Wahlniederlagen 2002 verantwortlich machen, ist diese Passage mehr als eine Kleinigkeit.

Gemeinsam gegen den Krieg

Seit Monaten ist die PDS mit dabei, wenn es darum geht, öffentlich Nein zum Krieg zu sagen. Wolfgang Gehrcke,

Mitglied des Parteivorstandes der PDS und Gastredner an diesem Samstag, bekannte, es sei gut, wenn Deutschland und seine Regierung mittlerweile weltweit als Gegenspieler zum amerikanischen Präsidenten wahrgenommen werde. Damit es dabei bleibe, bedürfe es eines starken Drucks aus der Bevölkerung.

In der Tat hatte Schröder die Bundestagswahlen mit einer klaren Friedensbotschaft gewonnen. Im Leitantrag bekannten die Delegierten denn auch, als PDS eigenständige Positionen in der Friedensfrage während des Wahlkampfes zu selten deutlich gemacht zu haben. Fest steht aber auch, die Bundesregierung ist keine Regierung der Friedenspolitik. Nie zuvor wurden deutsche Soldaten so oft in den Einsatz geschickt wie in Schröders Amtszeit. Einmütig verabschiedeten die Anwesenden eine Willenserklärung gegen den Krieg und forderten den Kanzler auf, bei seinem Nein zu bleiben.



Edeltraud Rogée (ver.di) und Jürgen Weißbach (DGB-Vorsitzender Sachsen-Anhalt)

Was am Ende bleibt...

... sind hohe Ziele, die sich die PDS in Sachsen-Anhalt gesteckt hat. Inhaltliche Profilierung, eine Forcierung der internen Programmdebatte und die Vorlage eines alternativen Entwicklungskonzeptes für Sachsen-Anhalt bis 2005 sind nur ein Teil der selbst gestellten Hausaufgaben. Doch für eine Oppositionsführerin hängt die Latte nun mal ziemlich hoch. Und die nächsten Wahlen stehen vor der Tür. Auf geht's, PDS! (siehe DOKUMENTIERT Seite 13/14)

„Ich habe die schlimmsten Befürchtungen“

Interview mit dem scheidenden Ausländerbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt Günter Piening

Sie hatten sich selbst zwei große Aufgaben gestellt: „Verbesserung der Situation der Zuwanderer und Abbau von Vorurteilen in der deutschen Mehrheitsbevölkerung“. Wie erfolgreich waren Sie seit 1996?

In Sachsen-Anhalt ist in den letzten Jahren eine Politik im Umgang mit Flüchtlingen und Zuwanderern gemacht worden, die heute vielen als beispielhaft gilt. Aus Sachsen-Anhalt kam etwa die Initiative für das Bleiberecht für ehemalige Vertragsarbeitnehmer. Mit dem Landesaufnahmegesetz 1998 wurde endlich eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen ermöglicht. Wir haben eine flächendeckende Ausländersozialarbeit aufgebaut und wir waren das erste Flächenland, das Asylbewerbern Bargeld statt Sachleistung zahlte. Daraus wurde unser armer Innenminister von seinen Amtskollegen aus den anderen Ländern dafür ziemlich fertig gemacht. Aber das Beispiel hat Schule gemacht – in diesem Jahr wollen auch Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg auf Bargeldzahlungen umstellen. Schwieriger wird es, die Erfolge bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus zu bewerten. Ich messe das nicht unbedingt an den erfassten Straftaten. Wenn ich lese, dass mehr als ein Drittel der Menschen in Sachsen-Anhalt fremdenfeindlichen Äußerungen zustimmt, dann ist dieses für mich die wirklich alarmierende Zahl.

„Wir haben eine flächendeckende Ausländersozialarbeit aufgebaut.“

Für mich war immer zentral, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht nur Anliegen weniger Aktiver ist, sondern klar erkennbares Ziel auch der politischen Spitze. Vor allem nach dem Landtagseinzug der DVU 1998 sind viele gerade auch in der regierenden SPD, die das Thema zuvor eher am Rande sahen, aufgewacht. Plötzlich wurde klar, dass wir hier kein sozialpädagogisches oder

gar ein Jugendproblem haben, sondern ein zentrales politisches Problem, das den Kernbereich unserer Demokratie gefährdet. Sichtbares Ergebnis dieses Lernprozesses war das 1998 aufgelegte Programm „Weltoffenes Sachsen-Anhalt“, in dem wir eine Art zivilgesellschaftlichen Fünfjahresplan entworfen haben.



Günter Piening

Die Dämonisierung von „Zuwanderung“ ist ja eines der wichtigsten Themen der Rechten, um an Stimmungen in der Bevölkerung anzudocken. Wenn wir hier gegenhalten wollen, kann es nicht nur um eine klare Ächtung rechtsmotivierter Straftaten gehen. Es geht auch darum, diese weitverbreitete fremdenfeindliche Stimmung zu verändern. Zum einen müssen wir den Menschen erklären, warum wir Zuwanderung brauchen. Des Weiteren versuchen wir Begegnungsarbeit zu organisieren, um den Alltag zu entkrampfen. Und unbedingt zu diesem Paket gegen Rechts gehört auch die vergleichsweise liberale Ausländerpolitik, die wir gemacht haben. Denn Toleranz und Menschlichkeit zu predigen und gleichzeitig durch eine restriktive, diskriminierende Politik gegenüber Ausländern Vorurteile zu schüren – das passt nicht zusammen.

Waren wir erfolgreich? Ich glaube, die Migrantinnen und Migranten fühlen sich in Sachsen-Anhalt nicht mehr ganz so allein gelassen wie noch vor fünf oder zehn Jahren. Sie haben den Eindruck, sie haben eine stärkere Unterstützung der

Zivilgesellschaft und der Politik. Dies scheint mir ein sehr Mut machendes Ergebnis zu sein.

Sie sprachen von einer liberalen Ausländerpolitik in Sachsen-Anhalt. Wir haben als PDS vor kurzem versucht, über einen Antrag im Landtag eine Härtefallkommission einzurichten. Das ist abgelehnt worden. Ist eine solche Kommission aus ihrer Sicht sinnvoll?

Die Ausländerbeauftragten aller Länder sprechen sich seit Jahren für Härtefallregelungen aus. Aber es gibt da ein

„Wir brauchen eine Härtefallregelung im Gesetz.“

Problem: Bei abgelehnten Asylbewerbern gibt es derzeit aufgrund der hier sehr eindeutigen Rechtslage keinerlei Möglichkeiten, aus humanitären Gründen ein Bleiberecht zu gewähren. Wir brauchen also erst einmal eine Härtefallregelung im Gesetz! Eine entsprechende Öffnung war im Zuwanderungsgesetz vorgesehen. Das Zuwanderungsgesetz steht zurzeit wieder zur Debatte. Die Streichung der Härtefallregelung ist eine der Hauptforderungen der CDU-regierten Länder. Ich befürchte, dass die vorgesehene Härtefallregelung gekippt wird. Dann stellt sich natürlich die Frage, was kann eine Härtefallkommission überhaupt noch leisten, wenn sie keine Entscheidungsmöglichkeiten hat? Ich empfinde die Ergebnisse der Härtefallkommissionen in Mecklenburg-Vorpommern und auch in Nordrhein-Westfalen als vergleichsweise mager. Wir haben in Sachsen-Anhalt übrigens einen sehr aktiven Petitionsausschuss. Vielleicht sollte man darüber nachdenken, diesen zu stärken etwa durch eine Regelung, dass während eines Petitionsverfahrens nicht abgeschoben wird.

Das Zuwanderungsgesetz ist wieder aufgemacht und wird im Zuge der Beratungen neu verhandelt. Was sind Ihre Erwartungen oder Befürchtungen?



500.000 Menschen zeigen zivilen Protest gegen den Irak-Krieg

Die schlimmsten. Ich finde es sehr erschreckend, dass wir es beim Thema Zuwanderung und „Ausländer“ nie schaffen, etwas abschließend zu regeln, sondern dass die konservativen Kreise bei jeder Regelung das Fass wieder aufmachen. Es geht ja jetzt nicht mehr nur

„Wir brauchen Internationalität an den Hochschulen und in der Industrie.“

um das Zuwanderungsgesetz. Die CSU will selbst die Regelungen des Staatsbürgerrechtes wieder infrage stellen. Ich fürchte, dass nach der Bundesratsbefassung das Zuwanderungsgesetz schlimmer ist als das Ausländergesetz, das wir jetzt haben. Deswegen sage ich auch meinen politischen Freunden: Kein Kompromiss um jeden Preis. Wenn auch nur ansatzweise wahr wird, was jetzt von der CDU gefordert wird, dann bin ich dafür, bei den alten gesetzlichen Regelungen zu bleiben.

Sie waren Mitunterzeichner des Memorandums „Zuwanderung in Ostdeutschland“. Können Sie kurz beschreiben, worum es dabei geht? Dort wird u.a. darauf abgehoben, dass gerade Ostdeutschland Zuwanderung braucht. Das wird sicher auf große Akzeptanzprobleme stoßen.

Die Ausländerbeauftragten der neuen Bundesländer befürchten, dass die

neuen Länder weiter abgehängt werden, wenn es uns nicht gelingt, in der Gesellschaft eine Stimmung zu erzeugen, die sich öffnet für Zuwanderung. Wir brauchen Internationalität an den Hochschulen, in den Forschungsabteilungen, auch in der Industrie. Wir haben inzwischen eine sektorale Arbeitslosigkeit, bei Ingenieuren zum Beispiel. Wir brauchen darum eine weltoffenere Haltung in der Bevölkerung. Das ist ein ganz zentrales Produktivitätsmerkmal moderner Gesellschaften. Deswegen ist die Botschaft dieses Memorandums, dass es nicht ausreicht zu sagen, wir sind gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen Rechts und für Toleranz, sondern wir müssen einen Schritt weiterkommen und sagen: Wir sind für Zuwanderung und Multikulturalität.

Der strategische Ansatz, den wir dabei vertreten, ist, dass wir hier zu neuen Bündnissen kommen. Wir müssen uns fragen: Wo sind eigentlich innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft die Interessengruppen, die diese Öffnung der Gesellschaft wollen? Da kommt man zu ganz interessanten Ergebnissen. Denn Teile der Unternehmen, der Industrie, der Wirtschaft haben ein wesentlich weltoffeneres Bild haben als große Teile der Bevölkerung.

Ich möchte also, dass wir aus diesem Lagerdenken rauskommen, aus diesem

„Zivilgesellschaftliche Bewegungen – die Ursuppe des Politischen.“

engen Schema: Hier sind die Guten, da sind die Bösen. Da muss man wirklich sehr viel übergreifendere Bündnisse schaffen, quer zu diesen Lagern. Und wir müssen argumentieren. Wir müssen die Gesellschaft mitnehmen. Es ist nicht sehr einfach, bei 20 Prozent Arbeitslosigkeit zu sagen, wir brauchen Zuwanderung. Aber diese Diskussion müssen wir führen, sonst werden wir weiter abgehängt.

Das war schon ein bisschen die Überleitung zu der Frage: Was sind die Botschaften an Ihren Nachfolger?

Ich gebe keine Botschaften an meinen Nachfolger. Jeder Beauftragte wird da seinen eigenen Weg finden müssen. Mein Arbeitsvertrag, das ist bekannt, läuft am 30. April aus. So, wie es jetzt zurzeit aussieht, wird diese Stelle wieder besetzt. Darüber freue ich mich sehr, auch wenn meine Nachfolgerin oder mein Nachfolger aufgrund der drastischen Personalkürzungen in meinem Arbeitsstab sicher erheblich weniger machen kann, als ich das konnte.

Eine letzte, mehr persönliche Frage: Wie macht Günter Piening weiter? Bleibt er politisch aktiv?

Ich konnte mir ein „unpolitisches“ Leben noch nie vorstellen. Das muss aber nicht heißen, dass ich berufsmäßig Politik weitermache. Ich bin von Hause aus Journalist, es hat mir immer sehr viel Spaß gemacht, Politik kritisch zu begleiten. Politik hat sich für mich nie auf Partei- oder gar Regierungspolitik beschränkt. Die Erfahrungen, die ich als Ausländerbeauftragter mit Parteien, Regierung und Ministerien in den letzten Jahren gesammelt habe, haben mich da durchaus bestärkt. Da wird viel Handlungsfähigkeit und Nachhaltigkeit vorgegaukelt, wo keine ist. Das hat meine Hochachtung vor nicht parteipolitisch gebundenen, zivilgesellschaftlichen Ansätzen wieder wachsen lassen. In den sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen sehe ich immer noch die Ursuppe des Politischen.

Wir bedanken uns für das Gespräch.

Das Interview führten Matthias Höhn und Dr. Martin Reso.

Veränderungen im Sozialbereich zu 2002

Kinder- und Jugendring

minus 1.200 Euro

Kinder- und Jugendfreizeiten

minus 738.250 Euro

Jugendsozialarbeit

minus 250.980 Euro

Schulsozialarbeit

minus 659.919 Euro

Kinder- und Jugendschutz

minus 25.701 Euro

Sexualaufklärung

minus 42.400 Euro

Kindertagesstätten

minus 44 Mio. Euro

Demokratiezentren

minus 722.783 Euro

Blinden- und Gehörlosengeld

minus 4.591.600 Euro

Schwangerschaftsberatungsstellen

minus 484.800 Euro

Frauenhäuser

minus 119.800 Euro

Frauenkommunikationszentren

minus 110.500 Euro

Haushalt geht zulasten von Kindern und Kommunen

von Dr. Petra Weiher (Vorsitzende des Finanzausschusses)

Der Haushaltsplan 2003 ist Gesetz. Mit dem am 6. Februar 2003 beschlossenen Haushalt führt die CDU/FDP-Koalition ihre „Tour de Paqué“ als unverantwortlichen Schlingerkurs auf dem Weg des sozialen Steinbruchs weiter. Trotz großer Proteste betroffener Gruppen wie Behinderte, Kinder und Jugendliche, Eltern, Polizisten, Feuerwehrleute setzte die Regierungskoalition ihre unsoziale und kommunalfeindliche Politik durch. „Haushaltskonsolidierung um jeden Preis“ ist das Motto, und es wird gnadenlos ohne genau erkennbare politische Inhalte in allen Bereichen nach der Rasenmähermethode durchgesetzt. „Dieser Haushalt ist ein Ausdruck einer gesellschaftlichen Verantwortungslosigkeit, weil er ungerecht verteilt“, sagte die PDS-Fraktionsvorsitzende Dr. Petra Sitte in ihrer Rede. Die PDS-Fraktion hatte ihre Forderungen:

1. Kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt fördern durch Beibehaltung des Kindertagesstättengesetzes, ausreichende Finanzierung der Jugendarbeit (Vereine, Schulsozialarbeit), Schulbuchfreiheit weiter gewähren und Schulbausanierung fortführen,
2. Soziale Mindeststandards sichern, indem Blinden- und Gehörlosengeld beibehalten und Beratungsangebote (z.B. AIDS-Hilfe) gesichert werden, sowie
3. Daseinsvorsorge in den Kommunen ermöglichen und die Änderung des Finanzausgleichgesetzes verhindern durch Änderungsanträge mit machbaren Refinanzierungsvorschlägen in die Ausschüsse eingebracht und um Mehrheiten geworben. Ohne Erfolg! CDU und FDP haben einen Haushalt der Kürzungen bei Kindern und Kommunen beschlossen.

Zusammengefasst bestehen die diesjährigen Haushaltsrisiken und -verwerfungen nach der Beschlussfassung im Landtag in Folgendem:

- Einnahmefälle in Höhe von 307 Mio. Euro auf Grund der Novembersteuerschätzung,

- eine Neuverschuldung in Höhe von 750 Mio. Euro, zu der eine zusätzliche Beleihung des Altlastensanierungsfonds in Höhe von 150 Mio. Euro kommt, also keine Halbierung der Neuverschuldung von 2002,
- ein Rückgang der Investitionsquote auf unter 20 Prozent, wenn man die vom Bund finanzierte Hochwasserhilfe in Höhe von 441 Mio. Euro herausnimmt,
- ein Anstieg der Personalausgaben einschließlich des Personals an den Unis und des neuen Lehrertarifvertrages auf 55 Mio. Euro mehr als 2002,
- eine Haushaltssanierung auf Kosten der Kommunen, denen 96,3 Mio. Euro aus dem Finanzausgleichsgesetz und 250 Mio. Euro darüber hinaus entzogen werden,
- Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4,5 Mrd. Euro, das entspricht fast der Hälfte des Gesamthaushaltes, die den Haushalt 2004 kaum noch beeinflussbar machen,
- Veräußerungserlöse in Höhe von 115 Mio. Euro durch Verkauf der Talsperren, land- und forstwirtschaftlicher Flächen, der Salus-Gruppe u.a.m. ohne reale Wertermittlungen und ohne Bedenken der späteren Folgen für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt
- Kürzungen bei der Kinderbetreuung, dem Blindengeld, Schulsozialarbeit, Schulbücher, Frauentreffs, Demokratiezentren u.v.m. in Höhe von 50 Mio. Euro, die zu unverantwortlichen Einschnitten und Abbrüchen im sozialen Bereich führen.

Angesichts der Eckdaten dieses Haushaltes und seiner Verwerfungen sowie der geringen Möglichkeit, Rahmenbedingungen auf Bundesebene ändern zu können, wollen und müssen wir auch zukünftig eigene politische Prioritäten und Alternativen zu einer neoliberalen und unsozialen Politik erarbeiten.

Die PDS-Fraktion will bis Ende des Jahres 2003 ein Konzept für eine alternative Finanzplanung für das Land Sachsen-Anhalt vorlegen.

Sozialer Status entscheidet über Zukunft

von Peter Joseph

An den Schulen wird sich einiges ändern. Das tut not. Nicht nur PISA läutet Alarmglocken. Klare Leistungsanforderungen, striktere Trennung der Bildungswege, kürzere Bildungszeit und Kürzung bei Schulbau, Lehrbüchern, Schulsozialarbeit. Lassen wir hier die knappen Kassen beiseite, bleibt die Frage: Werden sich endlich die Hoffnungen auf bessere Schule erfüllen? Zweifel sind anzumelden.

Die „klarerer Leistungsanforderungen“ kommen als zentrale Klassenarbeiten in den Schuljahrgängen 4 und 6, als verschärfte Kriterien an Gymnasien und einer eng an Schulnoten orientierten Einteilung in Haupt- und Realschulklassen bzw. -kursen zur Welt. Nichts gegen Leistung und hohe Ansprüche. Das hängt aber zuallererst damit zusammen, was und wie an Schule gelernt wird.

Noch ein wenig besser gepaukte Fakten werden nicht helfen. Es geht um sicher beherrschte Kompetenzen, um die Fähigkeit, Wissen zu vernetzen, um das bessere Verstehen von Zusammenhängen, auch um solides Können. Lernen kann spannend und interessant sein. Daraus entsteht vielmehr Motivation und Bereitschaft zur Anstrengung.

Und die frühere wie strengere Teilung? Sie wird zu den erhofften homogenen Lerngruppen nicht führen, aber Bildung vorenthalten, gerade auch denen, deren sprichwörtlicher Knoten später reißt. Das ist ungerecht. Der erschreckend deutliche Zusammenhang zwischen sozialem Status und Bildungsperspektiven wird so vertieft, nicht überwunden. Wer bessere Schule will, sei vor simplen Antworten gewarnt.

Sparen bei den Jüngsten – keine Investition in die Zukunft!

von Eva von Angern

Am 7. Februar 2003 wurde das neue Kinderförderungsgesetz (KIFöG) im Landtag von Sachsen-Anhalt mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD beschlossen.



Demonstration gegen die Kürzungspläne

Was bedeutet dies nun für Kinder und Eltern? Ab vermutlich März 2003 haben nur noch Kinder erwerbstätiger Eltern Anspruch auf einen Ganztagsplatz von mindestens 10 Stunden pro Tag oder mindestens 50 Stunden pro Woche. Alle anderen Kinder haben nur einen Anspruch von mindestens 5 Stunden täglich oder mindestens 25 Wochenstunden. Soziale oder pädagogische Bedarfe der Kinder bleiben bei diesem Ansatz

außen vor. Problematisch ist, dass sich der erhöhte Personalschlüssel von nunmehr 13 Kindern auf eine Erzieherin lediglich auf eine 9-stündige Betreuungszeit bezieht.

Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass die Kommune auch ihre Pflicht zur Verfügungstellung eines Betreuungsplatzes erfüllt, wenn sie für 0- bis 3-Jährige einen Tagespflegestellenplatz anbieten kann. Der Bildungsauftrag wird den Tagespflegestellen ausdrücklich nicht erteilt.

Die PDS wird sich im Bündnis „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ für ein Volksbegehren zur Wiederherstellung des alten Kinderbetreuungsgesetzes (KiBeG) intensiv einsetzen. Sie hält damit an ihrer Forderung fest, dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern bestehen muss. Kinderbetreuung ist ein Recht des Kindes und nicht der Eltern! Und das Argument, dass einer hohen Neuverschuldung zugunsten unserer Kinder entgegenwirken muss, läuft leer, wenn wir gerade an unserer Zukunft – den Kindern – sparen!

Knöfler und Maffay: Hilfe für Tabaluga-Kinder

Seit Anfang der neunziger Jahre trägt die Schule für geistig Behinderte in Genthin, in der 58 Kinder lernen, den Namen des kleinen Drachen aus dem Musical „Tabaluga“ von Peter Maffay. Das Schulgebäude entspricht allerdings längst nicht mehr den gültigen Standards, eine Schulschließung droht.

In einer Petition und mit Unterstützung des Landtagsabgeordneten Harry Czeke (PDS) machte der Elternrat im vergangenen Jahr auf die Situation aufmerksam. Ziel war und ist, den Schulstandort Genthin zu erhalten.



Barbara Knöfler

Die Abgeordnete Barbara Knöfler beschritt ungewöhnliche Wege und holte sich Prominenz mit ins Boot. Namenspaten Peter Maffay konnte als Partner gewonnen werden, um durch den Druck der Öffentlichkeit alle Möglichkeiten zu prüfen und letztendlich auszureizen. Maffay ist Dank des regelmäßigen Kontaktes zur Vorsitzenden des Petitionsausschusses im Landtag ständig auf dem neuesten Stand der Dinge. Kürzlich hat er die Schule besucht und wird möglicherweise Schritt für Schritt ein erarbeitetes Konzept zur Schulstandort-sicherung unterstützen. Auch der mdr wurde in „Ein Fall für Escher“ helfend tätig und hat einen Spendenaufruf gestartet. Erste Gegenüberstellungen mittel- und langfristiger Kosten liegen inzwischen vor. Die Umbaukosten eines Alternativgebäudes in eine behindertengerechte Schule wären unter Umständen nicht höher als Gastschulgelder, Fahrtkosten etc. für 58 Kinder. Die Kinder müssten nämlich künftig in Magdeburg oder Burg beschult werden.

Wer sich an der Rettung der Tabaluga-Schule mit einer Spende beteiligen möchte, kann dies gerne tun.

Bankverbindung: Kreissparkasse Jerichower Land, BLZ: 810 54 000, Konto: 711 0000 85

Entschuldigung, kennen Sie GATS?

von Dr. Angelika Klein

GATS ist keine neue Band und auch keine neue Automarke. Trotzdem könnte GATS künftig unser Leben mehr bestimmen als uns lieb ist.

1995 verpflichten sich die 144 Mitgliedstaaten der WTO mit dem Allgemeinen Abkommen über Handel und Dienstleistungen (GATS) zu einer fortschreitenden Liberalisierung von Dienstleistungen. Neben einer damit verbundenen weit gehenden Privatisierung sind beim Handel mit Dienstleistungen u.a. ausländische Anbieter inländischen gleichzusetzen und alle Handelsbeschränkungen aufzuheben. In der gegenwärtigen

Verhandlungsrunde sollen weit gehende Liberalisierungen in Bereichen wie Wasser, Energie, Umwelt, Tourismus, Freizeit, Kultur, Sport und Transport durchgesetzt werden.

Aber auch Bildung und Gesundheit stehen zur Disposition. Der weltweite „Bildungsmarkt“ wird auf 2.000 Milliarden Dollar geschätzt und der „Gesundheitsmarkt“ auf bis zu 3.500 Milliarden Dollar. Unter der Formel des Wettbewerbs wollen sich hier die transnationalen Konzerne die Pfründe teilen.

Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt. Ohne Unter-

suchung der sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Folgen auf nationaler und internationaler Ebene sollen die Bürgerinnen und Bürger und ihre regionalen und kommunalen Vertretungen vor vollendete Tatsachen gestellt werden, zumal einmal getroffene Liberalisierungen kaum zurückgeholt werden können.

Die Fraktion der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt fordert deshalb ein Moratorium der GATS-Verhandlungen. Ein entsprechender Antrag wurde in der letzten Plenarsitzung weggestimmt. Aber, wir bleiben dran!

Trommeln für den Frieden – die PDS macht Krach

Seit Monaten ist die PDS immer wieder auf der Straße. Gemeinsam mit Initiativen und Verbänden soll gegen einen Krieg im Irak demonstriert und mobilisiert werden.

Im Zuge der Aktion „Trommeln für den Frieden“ konnten bis heute Hunderte Unterschriften von Bürgern Sachsens-Anhalts unter den Prignitzer Appell, der den Bundeskanzler auffordert, bei seinem Nein zum Krieg zu bleiben, gesammelt werden.

In Magdeburg begonnen hat sich diese Aktion mittlerweile „verselbständigt“. Überall im Land wird gegen den Krieg Krach gemacht.

Auf www.pds-sachsen-anhalt.de werden ständig aktualisiert alle uns bekannten Friedensaktionen angekündigt.



Dr. Petra Sitte, Matthias Gärtner und Dr. Rosemarie Hein (vorn, v.l.n.r.) machen Krach



Auch in Schönebeck wurde getrommelt



Bürger standen Schlange, um den Prignitzer Appell zu unterschreiben

Über CDU-Politiker, die ihre Sturheit auf der Stirn tragen

von Matthias Ruge



Matthias Ruge

Pünktlich um halb zehn war ich am Montag, den 13. Januar, im Landtag, und eigentlich waren auch alle da, die da sein sollten, bis auf meinen erkrankten Betreuer, den Abgeordneten Matthias Gärtner. Aber da unvorhersehbare und frustrierende Ereignisse bei der PDS sowieso an der Tagesordnung sind, war auch das kein größeres Problem. Der Geschäftsführer Ettingshausen nahm mich kurzerhand unter seine Fittiche, unterhielt sich mit mir recht ausführlich über Politik, z.B. den Parteitag in Gera, und mein erster Tag war auch schon wieder gelaufen. Lustig ging es dann auch am nächsten Tag weiter. Von Matthi immer noch nichts zu sehen. Dafür von der Abgeordneten Eva von Angern. Sie nahm mich einfach mit und wenige Minuten später saß ich im Arbeitskreis Soziales. Danach wurde ich vor der Fraktionssitzung vorgestellt. An meinem dritten Tag hatte ich das Glück, endlich meinen Betreuer zu treffen.

In der Folgezeit hatte ich die Möglichkeit, die verschiedensten Ausschüsse kennen zu lernen. Obwohl es fast immer wirklich schwer war, sich in die Thematik hineinzudenken, war es auf jeden Fall interessant. Im Innenausschuss habe ich z.B. live mitbekommen, wie unsere Landesregierung kategorisch alle Vorschläge der PDS stur und verkrampt ablehnte, egal wie gut und konstruktiv sie auch waren. Hier konnte ich verstehen, wie sich da natürlich auch Frust entwickelt. Gerade wenn man mit ansehen muss, wie die Landesregierung mehr und mehr alle sozialen Systeme im Land kürzt und ihre

brutalen Sparmaßnahmen durchzieht. Aber trotz alledem war ich begeistert von der Konsequenz der PDS, die anders als z.B. die SPD, an ihren Prinzipien festhält und sich nicht irgendwelchen billigen Kompromissen unterwirft. Sowieso empfand ich die Abgeordneten und Mitarbeiter der PDS als die lockersten im Landtag, da man vielen CDU-Politikern ihre Sturheit schon am Gesicht ablesen kann. Dass sich diese Sturheit leider auch als Weltfremdheit herausstellte, erkannte ich im Wirtschaftsausschuss. Der FDP-Minister Rehberger schwärmte in einer Tour über die Schönheit unseres Landes, wie ich es nur tue, wenn ich wirklich nicht mehr ansprechbar bin. Probleme, wie z.B. Arbeitslosigkeit und Bildungsmissstände, schienen ihm fast schon nichtig. Wirklich empfehlen kann ich den Petitionsausschuss. Wer die Möglichkeit der Teilnahme hat, sollte sie auf jeden Fall nutzen. Schon allein durch die Moderation der Vorsitzenden Barbara Knöfler und durch zum Teil aberwitzige Fälle ist dieser Ausschuss außerordentlich unterhaltsam.

Auch wenn es nicht zu meinem Praktikum gehörte, möchte ich hier erwähnen, dass der DGB-Vorsitzende Sachsen-Anhalts Jürgen Weißbach auf der Demonstration gegen das neue Kinderbetreuungsgesetz seine eigene Partei, die SPD, mit den Worten kritisierte, er schäme sich in einer Partei zu sein, wo die eigenen Genossen so einem Gesetz zustimmen. Das fand ich gerade gut, da ich im Innenausschuss selber fassungslos miterleben musste, wie sich die SPD der CDU/FDP-Koalition annäherte.

Abschließend kann ich sagen, dass ein Praktikum im Landtag wirklich empfehlenswert ist, gerade weil es interessant ist, einmal in die Welt der Politik abzutauschen. Man muss sich, wie in einem Betrieb, in eine Art Kreislauf begeben, um die Abläufe, das „Politik-Spiel“ einmal mitzuerleben und es auch verstehen zu können. Nach meiner Meinung bietet sich die PDS hierbei als beste Fraktion an, da man dort noch die Chance hat, auf Köpfe zu treffen, die entgegen diesem Kreislauf immer noch frisch und progressiv denken.

Landesregierung erpresst Universitäten

Ein weiteres Mal stehen CDU und FDP vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Wahlversprechen. Mit dem Rotstift sei keine Bildung zu machen, hieß es noch vollmundig im Wahlkampf. In der Tat verlangt zukunftsfähige Schul- und Hochschulbildung nach ausreichenden und verlässlichen finanziellen Rahmenbedingungen.

Doch nun werden die Fachhochschulen und Universitäten an die kurze Leine genommen. Mit einer pauschalen Kürzung der Mittel um zehn Prozent sollen sie zu Strukturveränderungen gezwungen werden. Kaum einer weiß, wie dies funktionieren soll, ohne dabei drastisch an der Qualität der Bildung zu sparen. Verhalten sich die Hochschulen den Erwartungen des Kultusministeriums gemäß und unterzeichnen die vorgelegten Zielvereinbarungen, werden Ihnen unverbindlich die gekürzten zehn Prozent wieder in Aussicht gestellt. Das Maß an Naivität muss groß sein, glaubte man an derlei Präsente in Zeiten knapper Kassen. Sind die Mittel erst einmal weg, wird der Finanzminister sehr schnell andere Verwendung dafür finden.

Bedenkt man, wie unfair mit den Hochschulen während der Aushandlung der Zielvereinbarungen umgesprungen wurde, kann von Partnerschaft schon lange keine Rede mehr sein, auch wenn der Kultusminister dies unentwegt tut. Lauter Protest, vor allem an den Hochschulen, wird sich regen (müssen). Wieder einmal wird an der Zukunft gespart, angeblich um der Zukunft willen.

CD-Tipp

**Rostkehlchen
singen Feeling B
a cappella**



Was mit Gage in Form von Freibier

begann, hat nun in der Herausgabe einer CD seinen ersten Höhepunkt erreicht. Fünf Berliner Jungs singen a cappella – die letzten drei Tracks gemeinsam mit Feeling B. Stücke von nachdenklich bis heiter. Für Liebhaber ein absolutes Muss!

Wer weitere Infos über die Band finden oder die CD bestellen möchte:

www.rostkehlchen.de

Helmut Hilbig:



Wenn in der Wittenberger PDS-Geschäftsstelle der nächste Infostand oder die nächste Plakataktion geplant wird, heißt es oft: „Mensch, lasst uns doch mal Helmut anrufen.“ Und meistens hat er auch Zeit. Seit 1990 hat Helmut Hilbig, der am 17. Februar seinen 74. Geburtstag feierte, keinen Wahlkampf und so gut wie keinen Infostand ausgelassen. Auch wenn er immer mal mit dem innerparteilichen Zustand der PDS nicht unbedingt glücklich war und ist, hat das seine Aktivitäten nicht geschmälert. Er mischt sich mit seiner Meinung immer wieder in die Diskussion aktiv ein und warnt insbesondere davor, dass so mancher Verantwortlicher in der PDS Gefahr läuft, die Bodenhaftung zu verlieren. Helmut hat die nie verloren. Der seit 50 Jahren verheiratete Vater dreier Kinder wusste durch seine von 1965 bis 1990 dauernde Tätigkeit im Düngemittelkombinat Piesertitz, was „unten“ los ist. Im Gegensatz zu vielen anderen in seinem Betrieb zog er sich nach der Wende nicht in die private Nische zurück, sondern gründete in seinem Wohngebiet die Basisorganisation „Am Lerchenberg“, deren Vorsitzender er heute noch ist. Mit etwas trauriger Stimme vermerkt er, dass von den ehemals über 100 Mitgliedern, heute noch 30 übrig geblieben sind, die auch alle zum Großteil das Rentenalter erreicht haben. Nichtsdestotrotz wird er, der am 10. März 1949 in die SED eingetreten war, auch wieder bei der nächsten Aktion das Informationsmaterial seiner Partei unter die Leute bringen.

Derzeit nicht gewünscht – trotzdem aktuell

von Jürgen Przybyla

Nach dem Willen der CDU/FDP-Regierung wird es in Sachsen-Anhalt keine Gebietsreform geben. Allerdings mehrten sich die Stimmen aus Gemeinden und dem Städte- und Gemeindebund, die nach Weiterführung des Reformprozesses rufen.

Mit dem Vorschlag der PDS-Landtagsfraktion vom Juni 2001, die Anzahl der Landkreise von 21 auf 10 zu reduzieren und einen Altmarkkreis aus den Kreisen Stendal und Salzwedel zu bilden, begann eine kontroverse Diskussion. Unzumutbarkeit für die Bürger, eine für die Verwaltung unüberschaubare Fläche, Probleme bei ehrenamtlicher Arbeit und Nichtberücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wurden als Gegenargumente vorgebracht.

Die Kreistagsfraktion aus PDS und Bündnis 90-Die Grünen in Stendal gab im Herbst 2001 eine Studie in Auftrag, mit der die günstigste Variante eines

Zusammenschlusses ermittelt werden sollte. Die Ergebnisse lagen im Frühjahr 2002 vor. Diese wurden nicht veröffentlicht, da die Gebietsreform nicht vorangetrieben werden sollte.

Mittlerweile gerät die Diskussion wieder in Bewegung, auch weil die Studie über den Rahmen einer Strukturveränderung hinaus Aufschlüsse über Leistungsfähigkeit beider Landkreise und die Entfernungen bis zum Sitz der Verwaltungsdienststelle zulässt. Die letztgenannten Erkenntnisse weisen nach, dass eine Gebietsreform die Bürgernähe der Verwaltung stärkt.

Die Studie enthält aktuelle Daten, Grafiken sowie eine Sonderbetrachtung zur Variante eines Großkreises „Jerichower Land“ und ist als Broschüre (2 Bd.) oder als CD-ROM über die PDS-Kreistagsfraktion Stendal erhältlich.

Tel.: 0 39 31/7 51 97 49 oder
pdsddl-wk.paschke@t-online.de

L.U.S.T. auf Luft in Merseburg

von Jürgen Butzkies



Prof. Christa Luft

Der Linke.Unternehmer.Stamm.Tisch in der Region südliches Sachsen-Anhalt hatte auf seinem ersten Treffen in diesem Jahr mit Prof. Christa Luft, Ex-Bundestagsabgeordnete der PDS, als Gesprächspartnerin einen gelungenen Auftakt. Sicher zog schon das Renommee von Christa Luft. 28 Teilnehmer fanden an einem Sonntagvormittag den Weg in die Weißenfelder Straße nach Merseburg.

Schwerpunkt ihrer inhaltlichen Ausführungen bildete die von der SPD angekündigte „Mittelstandsoffensive“. Natürlich ging es auch auf die Initiative von Wirtschaftsminister Clement, mit der die Bundesregierung die Vorschläge der Hartz-Kommission umsetzen bzw. ergänzen möchte.

Fördermittelpolitik, Zahlungsaufschub für Sozialabgaben, wenn unverschuldete Liquiditätsprobleme bestehen, und das Unwort des Jahres, ICH-AG, waren weitere Knackpunkte in der ausführlichen Debatte. Sicher für alle Teilnehmer des L.U.S.T. ein lohnender Vormittag.

Als nächster Gast ist Dr. Frank Thiel, wirtschaftspolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, für den 23. März 2003 eingeladen.

Folgeabschätzung spricht für Straßenbahn

von Andreas Henke

Um die Zukunft der Halberstädter Straßenbahn wird seit 1999 eine intensive politische Diskussion geführt, allerdings bis heute ohne Grundsatzentscheidung. Der ÖPNV wird durch die Stadt Halberstadt gestaltet und finanziert. Angesichts sich dramatisch verschlechternder Kommunal Finanzen ist die Deckung der Betriebskosten äußerst schwierig.

Auch in Halberstadt sind historische Stadträume vorhanden, jedoch wird deren Aufenthaltsqualität durch zunehmenden Straßenverkehr beeinträchtigt. Von daher ist die Straßenbahn nicht nur eine das Stadtbild prägende Tradition, sondern ein Stück Lebensqualität, eine umweltfreundliche Alternative.

Mehrere Gutachten und Entwürfe haben der Straßenbahn aus betriebswirtschaftlichen, finanziellen und ökologi-

schen Gesichtspunkten stets eine Rückgratfunktion im ÖPNV zukommen lassen. Die PDS-Fraktion hat keinen Zweifel daran gelassen, dass sie die Aufrechterhaltung des Straßenbahnbetriebes und notwendige Ersatzinvestitionen als Alternative zum Autoverkehr betrachtet. Die PDS verkennt nicht, dass die Stadt dafür enorme finanzielle Anstrengungen unternehmen und ggf. anderweitig einsparen muss. Doch in der Folgeabschätzung wird klar: Einstellung der Straßenbahn, Rückbau der Gleise sowie Unterhaltung eines Busbetriebes gibt es ebenso wenig zum Nulltarif. Gefragt sind eine effektive Abstimmung von Bus- und Straßenbahnverkehr in der Stadt und im Landkreis sowie gezieltes Marketing und benutzerfreundliche Fahrzeiten, Takte und Tarife.

Die Rübelandbahn – einmalig und doch Auslaufmodell?

von André Lüderitz

Auch am Nordharzrand versuchte die Landesregierung, das Schienennetz „auszudünnen“ und „effizienter“ zu gestalten. So sollte z.B. der Elektrobetrieb des Güterverkehrs eingestellt werden. Bei der Rübelandbahn, der Strecke von Blankenburg nach Elbingeroode, entwickelte sich massiver Widerspruch der Region.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne des Landes im Sommer 2002 begann sich schnell der Widerstand zu organisieren. Zunächst vor allem gegen die Abschaffung des Elektrobetriebes gerichtet, entwickelte sich der Protest unter der Regie von Bürgermeistern, dem Förderverein der Rübelandbahn und der PDS zur Initiative der Neubelebung des Personenverkehrs auf der Strecke.

Mit massiver Unterstützung der Felswerke gelang es der Initiative zumindest, einen Aufschub der Umnutzung zu erreichen. Im Personenverkehr konnte nur eine Übergangslösung errungen werden – Nahverkehr nur am Wochenende.

Unter dem Motto „Tourismusregion Rübelandbahn“ wird jetzt versucht, die Bahnstrecke bis Drei-Annen-Hohne wie-

der in Betrieb zu nehmen. Die alte Verbindung zur Brockenbahn soll so wieder hergestellt werden.

**„Ziel ist
täglicher Verkehr
auf der steilsten
Normalspurstrecke
Europas.“**

Mit Unterstützung Ulrich Kastens (MdB) kommt es nun zu einer Anhörung im Verkehrsausschuss des Landtages. Dort möchte die Region ihre Forderungen und Vorstellungen darlegen. Ziel ist wieder einen täglichen und attraktiven Schienenverkehr auf dieser steilsten Normalspurstrecke in Europa zu erreichen.

Übrigens: Jeder kann mit einem Besuch dieser einmaligen Bahnstrecke und der nahe gelegenen Sehenswürdigkeiten etwas zum Erhalt beitragen.

Harry Rußbült:



Der Jugendklub Gräfenhainichen wird angenommen von den jungen Städtern. Er ist ihr Treffpunkt. Hier haben sie das Sagen. Auch die Alltagskonflikte in ihrem Domizil sind ihre Sache, seitdem der Klubrat das Heft in die Hand nahm. Bürgermeister Harry Rußbült (PDS) seit zwei Jahren im Amt, kennt die Probleme im Klub, denen man mit Weisungen und Ratsbeschlüssen kaum beikommt. Die müssen innerfamiliär geklärt werden, sagte er sich, und dachte dabei an einen Klubrat. Wie gründet man den? Rußbült, Schwimmer, Landesmeister in seiner Altersklasse, schlug den jungen Leuten vor: 1000 Meter Wettschwimmen. Er zieht durch, die Jugendlichen dürfen bei jeder Bahn wechseln. Gewinnt er, gründen die den Klubrat, verliert er, gehen sie gemeinsam Pizza essen und er zahlt. Rußbült schwamm gegen 40 Mann und zahlte. Den Klubrat gibt es auch.

Werben, gewinnen, überzeugen sind oft benutzte Wörter, wenn Rußbült über seine Arbeit spricht. Ein Blick auf die Internetseite der Stadt zeigt, dass dieses Motto nicht nur beim Jugendklub funktioniert. Für den Stadttumbau Ost warb er mit einer im Stadtrat gemeinsam erstrittenen Ausschreibung und lud die Bürger und die ortsansässigen Planer ein, hier kräftig mitzumischen. Belohnt wurde das Resultat mit einem 1. Preis in diesem Bundeswettbewerb. Gräfenhainichen ist eine „Stadt mit neuer Energie“. So lautet das erarbeitete Leitbild.

Rußbült hat keine Illusionen über die Potenzen seines Ortes. Großer Wirtschaftsstandort wird er nicht werden. Leute gehen weg, vor allem junge. Rußbült setzt auf den Ausbau von Ferropolis. 40.000 Touristen zog diese Stadt aus Eisen im vergangenen Jahr an. Weitere 50.000 besuchten die Konzerte in der EXPO-Arena. Und das soll erst der Anfang sein.

Rußbült hat Ideen für seine Stadt. Und er hat Partner bei Bürgern und Firmen, diese in die Tat umzusetzen.

Die „Dokumenta des Ostens“ steht vor dem Aus

von Stefan Gebhardt

Seit fast zwölf Jahren ist in der kleinen Gemeinde Tornitz im Landkreis Schönebeck nichts mehr wie es war. Genauer gesagt sind es zwei Gemeinden, Tornitz und Werkleitz, wo sich nach dem Mauerfall junge westdeutsche Filmstudenten auf den Weg machten, um die Kultur-

Wenn von innovativer Kulturentwicklung in Sachsen-Anhalt die Rede ist, kommt man unweigerlich auf die Werkleitz-Gesellschaft und die von ihr zweijährlich ausgerichtete Biennale zu sprechen. Bei Letzterem handelt es sich schlichtweg um das größte Medienfilm-

für die Biennale „geopfert“. Da hier eben ein großes Miteinander angesagt ist, nimmt es der eine Bewohner mal in Kauf, eine Kunstinstallation in seinem Wohnzimmer präsentieren zu lassen. Der andere wiederum stellt sein tätowiertes Hausschwein zur Verfügung. Die anfänglich vorhandene Skepsis gegenüber den Künstlern ist verfliegen. Man ist stolz auf sich, auf die Macher, auf das Dorf. Es ehrt natürlich auch, wenn die bundesdeutschen Feuilletonstuben vom Spiegel bis zur Frankfurter Rundschau ehrfürchtig auf die beiden Gemeinden blicken und schließlich die Werkleitz-Biennale zur „Dokumenta des Ostens“ erklären.

Nun sollte man meinen, dass auch die Landesregierung eine ebensolche Ehre für das Festival und die Werkleitz-Aktivitäten empfindet. Diese Vermutung ist weit gefehlt. Die Filmförderung des Landes wurde durch die CDU/FDP-Mehrheit im Landtag so drastisch gekürzt, dass laut Aussagen des Vorsitzenden der Werkleitz-Gesellschaft Peter Zorn die Biennale im kommenden Jahr „kaum noch durchführbar sein wird“. Nicht nur der Dorfbevölkerung wird dann einiges fehlen, der sachsen-anhaltischen Kulturlandschaft kommt eine ihrer größten Innovationen abhanden.

www.werkleitz.de



landschaft in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu verändern. Die Gemeinde Werkleitz, die außerhalb Sachsens-Anhalts zur damaligen Zeit mit Sicherheit kaum jemand kannte, war dann auch Namensgeber für den Verein, der Sachsen-Anhalt die „Dokumenta des Ostens“ bescherte: Die Werkleitz-Gesellschaft e.V.

kunsthauptstadt der neuen Bundesländer, das eben nicht in einer der „Metropolen“ des Landes, sondern auf dem Land, in der Provinz mit ihren dazugehörigen Äckern und Feldern stattfindet. Doch nicht nur die Flurstücke der Dorfbevölkerung, sondern auch ihre Wohnungen und Haustiere werden da schon einmal

Zeitgenössische Kunst braucht auch weiterhin Förderung

von Stefan Gebhardt

Die Landesregierung plant die Gründung einer eigenen Landeskulturstiftung. Nichts dagegen einzuwenden, wenn mehr Geld für die Kulturförderung in Sachsen-Anhalt dabei herauskommt. Dem ist aber nicht so, denn die CDU/FDP-Koalition plant die Errichtung dieser Stiftung auf Kosten der Stiftung Kulturfonds, die jahrelang Fördermittel in die sachsen-anhaltische Kulturlandschaft ausgeschüttet hat und dies ausschließlich für zeitgenössische Kunst, also für eine Kunstrichtung, die bisher allzuoft benachteiligt wurde.

Auf Grund des Drucks der PDS-Landtagsfraktion kam es zu einer außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 30. Januar 2003. Hier sollten die Regierungsparteien Klar-

text reden, konnten es aber nur bedingt. Fest steht, so wurde erklärt, dass der politische Entschluss, aus der Stiftung

„Verschiedene Kulturinstitutionen haben ihren Protest angemeldet.“

Kulturfonds auszutreten und dafür eine Landeskulturstiftung zu errichten, feststehe. Der Fakt, dass die Stiftung Kulturfonds mehr Geld für Sachsen-Anhalt zur Verfügung stellt, als unserem Land formal eigentlich zusteht, und man damit künftig auf Geld verzichten würde, ließ

die Koalition unbeeindruckt. Auch der Fakt, dass mit dem Geld aus dem Stiftungskapital der Stiftung Kulturfonds allein keine lebensfähige Landesstiftung errichtet werden kann, schien die Koalitionäre wenig zu kümmern.

Druck auf die Landesregierung, hier umzudenken und von einem waghalsigen Prestigeprojekt Abstand zu nehmen, gibt es nicht nur von der PDS. Auch verschiedene Kulturinstitutionen haben bereits ihren Protest angemeldet, weil sie auf die Förderung ihrer Projekte durch die Stiftung Kulturfonds angewiesen sind. Sollten sich die Befürchtungen bewahrheiten, heißt es nicht nur Stiftung Kulturfonds ade, sondern auch bald „Gute Nacht, Kulturland Sachsen-Anhalt“.

„Gemeinsam für einen neuen Aufbruch“

Wir dokumentieren den beschlossenen Leitantrag des Parteitag der PDS Sachsen-Anhalt vom 1. Februar 2002 in Auszügen

(...) **Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!**

Die schwere Wahlniederlage der PDS bei der Bundestagswahl hat die Ge-

len Regierungspolitik anzubieten. Es bedarf auch der alltäglichen Ausgestaltung von Politikfähigkeit in kommunalen und Landesparlamenten, als Bürgermeister, Landräte oder Minister, in den

Die vor uns stehenden Kommunalwahlen und die Europawahl 2004 sind Gradmesser dafür, wie wir als Partei Akzeptanz bei Wählerinnen und Wählern zurückgewinnen.



Drei starke Frauen für Sachsen-Anhalt: Dr. Angelika Klein, Sabine Dirlich, Marion Krischok (vorn, v.l.n.r.)

samtpartei, auch den Landesverband, in eine existentielle Krise gestürzt. Es ist nicht allein der Verlust der Bundestagsfraktion mit allen daraus folgenden politischen und strukturellen Konsequenzen, es ist vor allem auch der Verlust an Möglichkeiten der öffentlichen Präsentation einer alternativen sozialistischen Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist der PDS nicht gelungen, mit ihrem politischen Anspruch genügend Wählerinnen und Wähler zu erreichen. Zu den vielfältigen Ursachen zählen,

- dass wir zu wenig überzeugende und vermittelbare Politikangebote zu den brennenden gesellschaftlichen Themen haben, die für Wählerinnen und Wähler entscheidend sind,
- dass es nicht gelungen ist, die Eigenständigkeit von Positionen der PDS auch auf solchen Politikfeldern wie der Friedenspolitik zu vermitteln und
- dass wir den Zweitstimmenwahlkampf insgesamt inkonsequent geführt haben.

(...) Die PDS muss in den nächsten Jahren ihre Notwendigkeit im politischen System beweisen. Dazu brauchen wir eine zügige Fortführung der programmatischen Debatte, um den Platz der PDS in dieser Gesellschaft zu bestimmen und Alternativen zur neoliberalen

Kreis- und Landesverbänden und in der gesamten Bundespartei, um Wählerinnen und Wähler wieder zu überzeugen, dass sozialistische Alternativen möglich und machbar sind.



Kleine Stärkung zwischendurch...

(...) Differenzierter zu bewerten ist das Ergebnis der Landtagswahl im April 2002. Obwohl die PDS ihr Landtagswahlziel mit 20+x Prozent erreichen konnte und prozentual sogar zur zweitstärksten Partei avancierte, hat sie zwei entscheidende Wahlziele nicht erreicht – den realen Machtzuwachs in einer Regierungsbeteiligung und eine vertiefte Verankerung in der WählerInnenschaft als Basis für den Bundestagswahlkampf. (...)

Dazu bedarf es einer spürbaren Mobilisierung im gesamten Landesverband. (...)

Politikfähigkeit wiedergewinnen

Gera markiert den Beginn und nicht das Ende des längst fälligen innerparteilichen Klärungsprozesses über die programmatischen Ziele sowie die Strategie und Taktik der PDS (...).

(...) Bisher latent vorhandene Meinungsverschiedenheiten in grundsätzlichen Fragen sind offen aufgebrochen und der Schlagabtausch wird über die Medien geführt. Damit ist die in Gera eingemahnte Politikfähigkeit nicht wiederzugewinnen.

Rot-Grün im Bund, Schwarz-Gelb im Land – und was tun wir?

Die rot-grüne Bundesregierung hat in den ersten vier Monaten ihrer Amtsperiode nahezu keine Möglichkeit ausgelassen, mit der Begründung fehlender finanzieller Mittel die bisherigen sozialen Sicherungssysteme auszuhöhlen. Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik erreicht immer neue Rekorde und die Reichen werden immer reicher. (...)



Dr. Rosemarie Hein, Dr. Achim Bittrich und Dr. Petra Sitte (v.l.n.r.)

Eine acht Jahre agierende linke Mehrheit im Parlament ist verloren gegangen. Damit haben sich für die PDS Sachsen-Anhalt die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten deutlich verschlechtert.

(...) Die Vorschläge der PDS zur Verbesserung der Einnahmesituation der Länder wurden im Landtag rundweg abgelehnt. Stattdessen werden die Folgen dieser Politik auf die sozial Schwachen und die Kommunen in Sachsen-Anhalt abgewälzt. Avisierte unverantwortliche Kürzungsbestrebungen im Kinder- und Jugendbereich, so z.B. bei der Kinderbetreuung, bei der AIDS-Hilfe oder beim Blindengeld, machen die Prioritäten der Landesregierung schmerzhaft bewusst. (...) Angesichts dieser Politik und der daraus für die PDS erwachsenen Aufgabe müssen wir noch stärker als bisher unsere Rolle als stärkste Oppositionskraft mit Leben füllen. (...)

**Wir gestalten das Heute mit dem Blick auf Morgen!
Bessere Chancen in Sachsen-Anhalt (...)**

- Die PDS in Sachsen-Anhalt engagiert sich im Bündnis „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“. Das momentan gültige Kinderbetreuungsgesetz und der damit verbundene Rechtsanspruch aller Kinder auf eine hochwertige Betreuung müssen erhalten bleiben. Darüber hinaus streben wir einen klaren Bildungsauftrag für Kinder im Vorschulalter und seine qualitätsvolle Umsetzung an. (...)

Höhere Lebensqualität in Sachsen-Anhalt (...)

- Kommunen sind wichtige Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge. Schon seit geraumer Zeit sind sie jedoch am



Wolfgang Gehrcke (Mitglied des Parteivorstandes), Petra Pau (MdB)

Rande ihrer Leistungsfähigkeit. Wir streiten weiter für eine grundsätzliche Reform der Kommunalfinanzierung – auch auf Bundesebene. Kommunen brauchen eine verlässliche Einnahmesituation und müssen gleichzeitig in ihren Ausgaben entlastet werden. (...)



Wer findet die Aurora?

Wir brauchen ein sozialistisches Programm – für Heute und Morgen!

Politik ohne Programm und strategisches Konzept ist orientierungslos. Deshalb steht die PDS vor der Aufgabe, sich im Jahr 2003 ein modernes sozialistisches Programm zu geben, um ein deutlich erkennbares sozialistisches Profil zu gewinnen. (...)

Die Programm- und Strategiediskussion muss auch im PDS-Landesverband Sachsen-Anhalt auf der Grundlage des vom Parteivorstand vorgelegten Thesenpapiers und des Entwurfs für das neue Parteiprogramm intensiv und zielorientiert geführt und nicht durch ideologische Scheindebatten blockiert werden. (...)

Mit der Programmdebatte wollen und müssen wir neue, originäre und vor allem politische Antworten finden auf die zentralen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung der Gegenwart und nahen Zukunft unter den konkreten Bedingungen bzw. Spielräumen des Landes Sachsen-Anhalt. (...)

**Dieses Land braucht nötiger denn je eine sozialistische Partei.
Packen wir es gemeinsam an.**

Zum Weiterlesen ...

www.pdslsa.de

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde!

Allen, die sich vom Titel bis hierher „durchgearbeitet“ haben, nochmals ein herzliches Willkommen. (Alle, die Zeitungen von hinten lesen, sollten diesen Artikel vielleicht ab hier überspringen und am Ende zurückkehren.)

Vielen von Ihnen ist aus den vergangenen Jahren der Landtagsreport der PDS ein stetiger Begleiter gewesen. Wir als Redaktion hoffen, Sie trotz umfangreicher Änderungen auch weiterhin als Leser zu behalten. Über die hoffentlich zahlreichen Erstleser freuen wir uns natürlich gleichermaßen.

klartext liegt die Idee zugrunde, ein landesweites Magazin der PDS Sachsen-Anhalt zu entwickeln, das nicht nur über unsere Aktivitäten im Landtag berichtet, sondern darüber hinaus Themen aufgreift und Persönlichkeiten vorstellt. Wir schauen über den parteipolitischen Tellerrand hinaus. Mit den Interviews und Berichten dieser ersten Ausgabe ist uns das, so glaube ich, gelungen. Selbstverständlich ist das Projekt klartext noch nicht am Ende seiner Möglichkeiten. Wir stehen am Anfang!

klartext startet mit einer Auflage von 5.300 Exemplaren. Wir sind in jedem Landkreis, in jeder größeren Stadt präsent. Dennoch haben wir uns Ziele gesteckt. Wir wollen die 10.000 knacken. Dafür brauchen wir viele fleißige Leser, Helfer beim Vertrieb und Spenden. Heutzutage ist leider nichts umsonst zu haben, schon gar nicht ein qualitativ anspruchsvolles Magazin. In diesem Projekt stecken keinerlei staatliche Gelder oder sonstige öffentliche Mittel. Wir leben von unseren Lesern und ihrer Überzeugung, klartext sei den Euro mehr als wert.

Seit dem 10. März 2003 ist diese erste Ausgabe auf dem Markt der Möglichkeiten, etwa jeden zweiten Monat wird eine weitere folgen. Wer jetzt nach einem Abo fragt, dem kann sicher in der Geschäftsstelle der PDS seiner Region geholfen werden. Auf jeden Fall wird dort oder in den ansässigen Wahlkreisbüros unserer Landtagsabgeordneten immer ein aktuelles klartext-Exemplar zu finden sein.

Im Namen des Herausgebers und der neunköpfigen Redaktion bedanke ich mich bei allen, die an der Entwicklung und Herstellung von klartext beteiligt waren. Wir brauchen Euch auch in Zukunft!

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, viel Vergnügen und optimalen Informationsgewinn beim Lesen unseres Magazins. Ich freue mich auf Ihre Reaktionen und Leserbriefe, die wir in Zukunft an dieser Stelle als feste Rubrik aufnehmen werden.

Mit besten Grüßen verbleibt Ihr

Matthias Höhn
Chefredakteur

Impressum

klartext – Magazin der PDS Sachsen-Anhalt

Herausgeber: Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

Chefredakteur: Matthias Höhn (MdL) · **Redaktion:** Dr. Thomas Drziszga (V.i.S.d.P.), Corinna Grundmann, Monika Krüger, Anke Lohmann, Sven Barquet, Matthias Gärtner (MdL), Dr. Martin Reso, Achim Spaeth

Satz/Layout: Andrea Johlige · **Druck:** UngerDruck, Barleben · **Auflage:** 5.300 Exemplare · **Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1. März 2003 · klartext erscheint jeden zweiten Monat.

Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Sachsen-Anhalt.

Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrer Kürzungen ausdrücklich vor.

Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Fon: 03 91/7 32 48 40, **Fax:** 03 91/7 32 48 48, **E-Mail:** landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

CDU und FDP kürzen beim Behindertensport

von Dr. Detlef Eckert

Das Motto des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen 2003 „Nichts über uns ohne uns“ ist sowohl Lehre aus manchen Veranstaltungen, die über die Köpfe und ohne Beteiligung behinderter Menschen hinweg organisiert wurden, als auch Ergebnis des entschlossenen und initiativreichen Kampfes für die Interessen behinderter Menschen. Ausdrücklich gefordert werden von behinderten Menschen und ihren Organisationen ein Mehr an Teilhabe, ein Mehr an Selbstbestimmung. Und hier ist auch der Sport behinderter Menschen angesprochen.

In diesem Jahr wird der Behinderten- und Rehabilitationssportverband Sachsen-Anhalt (BSSA) vielfältige Veranstaltungen organisieren und unterstützen.

Herauszuheben sind hier die Landessportspiele für Behinderte in Haldensleben am 30. August 2003. Zugleich werden in diesem Jahr die unmittelbaren Vorbereitungen auf die Paralympics in Athen 2004 anlaufen. Der entsprechende Titel im Haushalt der Landesregierung wurde „Signal gebend“ um

„Die Vorbereitungen auf die Paralympics in Athen 2004 laufen auf Hochtouren“

etwa zehn Prozent gekürzt. Auch zu den übrigen Zuwendungen des Landes für den BSSA konnten im Ausschuss, trotz mehrfacher Nachfrage, keine klaren Aussagen getroffen werden.

Fazit: Wie in anderen Bereichen wird auch im Sport deutlich, dass CDU und FDP im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen aktiv Kürzungen und Einschränkungen befürworten. Sie stehen damit dem zentralen Anliegen des Europäischen Jahres entgegen.

Ihr Ziel lautet offenbar: Weniger Teilhabe behinderter Menschen am Leben der Gesellschaft!

Landratswahl in Aschersleben-Staßfurt



Gerald Grünert (PDS)

ist Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt und kommunalpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion.

Seit 1990 beschäftigt er sich haupt- und ehrenamtlich auf dem Gebiet der Kommunalpolitik.

Er kandidiert am 13. April 2003 für das Amt des Landrates in Aschersleben-Staßfurt.

www.gerald-gruenert.de

Meine Ziele als Landrat für Aschersleben-Staßfurt

1. Schaffung effektiver Rahmenbedingungen für die vorhandene Wirtschaft sowie für Neuansiedlungen moderner Hochtechnologien. Die Industrie- und Gründerzentren sind auszugestalten.
2. Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen. Erarbeitung klarer Entwicklungschancen für die Städte Aschersleben und Staßfurt gemeinsam mit den Stadträten.
3. Die Wirtschaftsförderung des Landkreises ist unter Nutzung der Erfahrungen der bisherigen Arbeit zielgerichtet zu bündeln. Ein Schwerpunkt bildet dabei die Verstärkung der Marketingaktivitäten.
4. Unterstützung der Aktivitäten des Landes für eine zukunftsorientierte wirtschaftliche Lösung des Flugplatzes Cochstedt als Wirtschaftsstandort.
5. Erhalt der arbeitsmarktpolitischen Strukturen, besonders im jugend- und sozialpolitischen sowie im kulturellen Bereich in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt.
6. Qualifizierung der Kreisinfrastruktur in den Bereichen der Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung, des Gesundheitswesens, der soziokulturellen und Sporteinrichtungen.
7. Einbindung der touristischen Attraktivitäten des Landkreises (Seeland, Straße der Romanik, Harzvorland) in die Vermarktungsstrategie mit den anderen Harzlandkreisen.

Für mich ist wichtig, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, sich an den sie betreffenden Fragen aktiv zu beteiligen. Als Landrat werde ich einmal im Monat eine Bürgersprechstunde vor Ort durchführen. Ich trete dafür ein, dass der Kreistag in seiner Hauptsatzung bestimmen soll, für welche Aufgabenfelder er Bürgerbeteiligungen zulassen will. Zur Erhöhung der Transparenz der Entscheidungsfindung rege ich an, dass auch der Kreistag mit seinen Fraktionen sowie alle Ämter sich verstärkt der Öffentlichkeit stellen.

Die Landesregierung spart sich vor allem bei den Kindern und Jugendlichen sowie bei den Kommunen gesund. Allein in diesen Bereichen wurden die Zuwendungen 2003 um 400 Mio. Euro gekürzt.

Die Sparpolitik des Landes führt dazu, dass der Landkreis und seine Kommunen nicht mehr in der Lage sind, ihre Haushalte auszugleichen. Das derzeitige Haushaltskonsolidierungskonzept des Landkreises erschöpft sich besonders in der Streichung von freiwilligen Aufgaben, die aber unverzichtbar sind. Dabei werden Möglichkeiten der effizienteren Gestaltung von Verwaltungsabläufen, Beseitigung von Doppelstrukturen und -zuständigkeiten ungenügend berücksichtigt. Hier sehe ich Potenziale, die es zu erschließen gilt.

Um generell die Handlungsfähigkeit des Landkreises zu erhalten, werde ich mich dafür einsetzen, dass der Landkreis Klage gegenüber Bund und Land zur Einhaltung des verfassungsmäßigen Rechtes auf kommunale Selbstverwaltung und einer angemessenen Finanzausstattung erhebt.

Termine der PDS Sachsen-Anhalt

18. März, 18.00 Uhr
PDS-Landesvorstandssitzung
in Halle, Blumenstraße 16

22. März
Regionale Basiskonferenz der Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Bremen
in Hannover

26. März, 16.00 Uhr
Abgeordnetensprechstunde mit Landtagsabgeordneten im „KIZ“
in Magdeburg, Ebendorfer Str. 3
(Tel.: 03 91/7 44 79 24)

26. März, 19.00 Uhr
„Im Gespräch“ mit Wolfgang Gehrcke
im Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6

2. April, 18.00 Uhr
Expertengespräch zur „Reform des Gesundheitswesens“
in Halle (Tel.: 03 45/2 02 12 21)

5. April, 10.00 Uhr
Veranstaltung zum kommunalen Wirtschaftschaftsrecht
in Bitterfeld, Landratsamt

5. April, 10.00 Uhr
PDS-Landesvorstandssitzung
in Magdeburg, Ebendorfer Str. 3

6. April
Friedensweg der OFFENen HEIDE
(www.offeneheide.de)

12. April, 10.00 – 16.00 Uhr
Konferenz zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953
im Theater Lutherstadt Eisleben

18. – 20. April
Ostermarsch 2003 „Frieden braucht Mut – Den Kriegstreibern entgegenreten“
(www.ostermarsch-leipzig.de)

22. April – 9. Mai
Kommunaltour der PDS-LTF
(www.pdslsa-lt.de)

23. April, 16.00 Uhr -
Abgeordnetensprechstunde mit Landtagsabgeordneten im „KIZ“
in Magdeburg, Ebendorfer Str. 3
(Tel.: 0391/7447924)

Jeden Dienstag, 18.00 – 19.00 Uhr
Beratung für Kriegsdienstverweigerer
in Halle, Blumenstr. 16